

## DATEN | FAKTEN | ARGUMENTE

### THEMEN- BLATT

#### Zukünftige Energieversorgung – Erneuerbar, sicher und bezahlbar!

Sichere, umweltverträgliche und wirtschaftliche Energieversorgung sind wesentliche Ziele der EU-, Bundes- und Landesenergiepolitik. Die Abhängigkeit von Energieimporten muss reduziert werden. Erneuerbare Energien werden die tragende Säule der künftigen nachhaltigen Energieversorgung sein. Die IHK Ostbrandenburg fordert auf Basis der Befassung der Ausschüsse für Mittelstandspolitik und Infrastruktur, für Steuern und Finanzen und für Umwelt, eine Energiepolitik, die die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sichert, Belastungen begrenzt und einen verlässlichen Rahmen für Investitionen bietet.

#### EU-HARMONISIERUNG

**Keine Einzelgänge!** | Die EU-Kommission, die Bundesregierung und die Landesregierung Brandenburg haben jeweils eigene Energiekonzepte bzw. Energiestrategien beschlossen. Diese Konzepte sind aufeinander abzustimmen. Nationale oder regionale Alleingänge führen nicht zum Ziel und verursachen unnötige Kosten. Die EU-Kommission schätzt das Einsparpotenzial, das allein durch eine Harmonisierung erreicht werden kann, auf 10 Mrd. € („Erneuerbare Energien: Fortschritte auf dem Weg zum Ziel für 2020“ [KOM(2011)31]).

#### BELASTUNGEN BEGRENZEN

**Kosten verteilen!** | Zum Jahreswechsel 2010/2011 wurden Änderungen im Steuerrecht wirksam, die für mittelständische Unternehmen Mehrbelastungen in erheblichem Umfang zur Folge hatten. Diese energiebedingten Belastungen der Wirtschaft müssen deutlich reduziert und begrenzt werden. Der für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien notwendige Netzausbau ist als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen. Diese Kosten sind möglichst breit zu verteilen und dürfen nicht einzelnen Regionen angelastet werden.

#### VERLÄSSLICHER RAHMEN

**Investitionen sichern!** | In den vergangenen Jahren wurde erheblich investiert und zukunftsfähige Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien geschaffen. Weitere Investitionen, vor allem in die Energieinfrastruktur sind zum Erreichen der Klimaschutzziele dringend erforderlich. Die Wirtschaft erwartet von der Politik eine Rahmensetzung, die zügige Genehmigungsverfahren ermöglicht und Investitionen sichert. Kurzfristige Änderungen der politischen und/oder steuerlichen Rahmenbedingungen gefährden Investitionen und Arbeitsplätze. Subventionsabbau - ja, aber maßvoll und am technologischen Fortschritt orientiert!

#### INVESTITIONSKLIMA VERBESSERN

**Technologiefeindlichkeit abbauen!** | Die Errichtung moderner Anlagen ist in Deutschland oft nur gegen erheblichen Widerstand der Bevölkerung und damit verbundenen Mehrkosten und zusätzlichem Zeitaufwand möglich. Die Umsetzung der Energie- und Klimaschutzziele ist nur möglich, wenn die Politik zusammen mit der Wirtschaft für mehr Akzeptanz bei der Bevölkerung wirbt. Zu oft werden Investoren mit den Widerständen vor Ort, die mitunter gezielt für politische Interessen instrumentalisiert werden, allein gelassen. Die Wirtschaft erwartet von der Politik mehr Engagement bei der Schaffung der erforderlichen Akzeptanz.